



INFOBOX

Werden Wahlprogramme auch tatsächlich zu 100 % umgesetzt?

In einem Wahlkampf präsentieren die Parteien Wahlprogramme, um die Wähler:innen für sich zu gewinnen. In diesen Wahlprogrammen werden bestimmte Änderungen eingefordert oder sogar versprochen und Ideen befürwortet oder entschieden abgelehnt und ausgeschlossen. Sie zeigen also, was die Parteien in den nächsten Jahren vorhaben.

In Österreich müssen aber fast immer zwei (oder mehr) Parteien zusammenarbeiten, um als Regierung eine Mehrheit im Parlament zu haben (= Koalition). Sie müssen sich also auf ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen und können daher nicht alle ihrer Forderungen umsetzen. Laurenz Ennser-Jedenastik und Katrin Praprotnik, zwei österreichische Politikwissenschaftler:innen, haben herausgefunden, dass etwa die Hälfte der Wahlversprechen von den Regierungsparteien umgesetzt wird. Auch Entwicklungen außerhalb Österreichs (Wirtschaftskrisen, Kriege) oder überraschende Ereignisse (z.B. die Corona-Pandemie) haben darauf einen Einfluss.

MATERIAL 2

Positionen der Parlamentsparteien**Freiheitliche Partei Österreichs (Kürzel FPÖ)**

Die FPÖ steht dem aktuellen Klimaschutz skeptisch gegenüber und lehnt viele der derzeitigen Maßnahmen ab. Sie kritisiert die „Klimahysterie“ und spricht sich gegen strenge Vorgaben und Deadlines zur Erreichung von Klimaneutralität aus. Klimaschutz muss im Einklang mit Wirtschaft und Forschung stehen, soll also den einzelnen Menschen und die ganze Gesellschaft möglichst wenig beeinträchtigen.

Zu den konkreten Positionen gehört die Ablehnung eines festen Enddatums für Verbrennungsmotoren. Die FPÖ plädiert dafür, das Tanken günstiger zu machen und den CO₂-Preis abzuschaffen. Außerdem ist sie klar gegen Tempo 100 auf der Autobahn. Die Partei spricht sich auch gegen hohe Förderungen für den Austausch fossiler gegen klimafreundliche Heizungen aus, da sie diese für überzogen hält.

Die FPÖ möchte jedoch in bestimmten Bereichen aktiv werden, wie etwa beim Ausbau erneuerbarer Energien (z.B. Wasserkraft, Solarenergie und Biomasse). Auch der öffentliche Verkehr soll ausgebaut werden, jedoch ohne den Individualverkehr zu stark einzuschränken.

Österreichische Volkspartei (Kürzel ÖVP)

Für die ÖVP steht im Vordergrund, den Klimaschutz mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Sicherheit in Einklang zu bringen. Technologische Innovationen sollen eine zentrale Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen. Die ÖVP möchte Österreich zu einem führenden Standort für solche Innovationen machen. Sie spricht sich gegen strikte staatliche Regelungen und Verbote aus, die aus ihrer Sicht das Wirtschaftswachstum oder die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gefährden. Sie unterstützt das Pariser Klimaabkommen (Beschränkung des Anstiegs der weltweiten Durchschnittstemperatur und Senkung der CO₂-Emissionen).

Klimaschutzmaßnahmen sollen sozial ausgewogen sein, um mögliche negative Auswirkungen auf sozial schwächere Gruppen zu vermeiden. Beispielsweise lehnt die Partei Maßnahmen ab, die zur Verteuerung von Energie führen könnten, ohne dass diese Kosten sozial abgedeckt werden.

Die ÖVP fordert den Ausstieg aus fossilen Technologien und unterstützt den Ausbau von erneuerbaren Energien. Außerdem will sie Schutzmaßnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels fördern (z.B. Hochwasserschutz).



MATERIAL 2

Positionen der Parlamentsparteien**Sozialdemokratische Partei Österreichs (Kürzel SPÖ)**

Die SPÖ verfolgt im Bereich des Klimaschutzes das Ziel, eine sozial gerechte und nachhaltige Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern. Ein zentraler Aspekt ist also die Vereinbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen mit sozialer Gerechtigkeit. Dabei betont die Partei, dass ökologische Umstellungen nicht auf Kosten der sozial Schwächeren gehen dürfen. Menschen mit geringerem Einkommen sind ohnehin von der Erderhitzung schneller, direkter und härter betroffen.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien ist ebenfalls von großer Bedeutung. Maßnahmen wie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Förderung erneuerbarer Energien sollen dabei helfen, die CO₂-Emissionen zu senken.

Die SPÖ will eine gerechte Lastenverteilung sicherstellen und durch Klimaschutz zugleich die wirtschaftlichen Chancen nutzen. Im Bereich der Industrie soll verstärkt auf grüne Energie gesetzt werden, um so die Klimaziele schneller zu erreichen. Zudem steht die Partei für den Ausbau von internationalem Klimaschutz, weil der Umweltschutz als globale Herausforderung gesehen wird.

NEOS (Kürzel NEOS)

Für die NEOS gehen Klimaschutz und Energiewende Hand in Hand. Deshalb befürworten sie einen raschen Ausbau von erneuerbaren Energien wie Solar- und Windkraft, um den CO₂-Ausstoß zu senken und die Energieabhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu beenden.

Eine zentrale Maßnahme der NEOS ist die Einführung einer effektiven CO₂-Bepreisung, die sicherstellt, dass die Verursacher von Treibhausgasemissionen zur Verantwortung gezogen werden. Umweltverschmutzung und klimaschädliches Verhalten sollen also etwas kosten. Dies soll einen Anreiz für Unternehmen schaffen, in umweltfreundliche Technologien zu investieren. Die Partei setzt auf die Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie auf den Ausbau der Elektromobilität, um den Verkehr klimafreundlicher zu gestalten. Der Individualverkehr soll durch Anreize für klimafreundliche Alternativen reduziert werden.

Die NEOS betonen die Bedeutung von Innovation und Technologie im Kampf gegen den Klimawandel. Sie setzen sich dafür ein, dass Österreich ein Vorreiter in der Entwicklung neuer, nachhaltiger Technologien wird. Außerdem wollen sie erreichen, dass weniger Flächen in Österreich zubetoniert werden.

Die Grünen (Kürzel GRÜNE)

Für die Grünen ist der Klimaschutz eine zentrale Säule ihrer Politik. Die Grünen setzen sich für eine drastische Verringerung der Emissionen ein, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen und die globale Erwärmung entsprechend zu begrenzen. Dazu gehören Maßnahmen wie der Ausstieg aus fossilen Energieträgern (Gas und Öl) und die Förderung erneuerbarer Energien. Durch den großflächigen Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraft sollen diese zu primären Energiequellen werden. Die Grünen wollen den Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien in der Stromversorgung beschleunigen.

Die Grünen wollen umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Fahrrad, öffentlichen Verkehr und Elektromobilität fördern. Sie fordern außerdem den Ausbau der Infrastruktur für alternative Antriebe und den schrittweisen Rückgang des Individualverkehrs mit fossilen Brennstoffen.

Für die Grünen ist es auch wichtig, dass in Zukunft möglichst wenig Flächen verbaut werden. Stattdessen wollen sie Flüsse in ihren natürlichen Zustand zurückversetzen, um so Tieren ihren Lebensraum zurückzugeben und Menschen vor Hochwasser zu schützen.